

## **Politische Bildung und die Krise des Rechtspopulismus**

### **Inhalt**

1. Einleitung .....	1
2. Ursachen und Risiken des Rechtsextremismus in Krisenzeiten.....	2
2.1. Was ist Rechtsextremismus und warum ist er in Demokratien problematisch? .....	2
3. Die Rolle der politischen Bildung zum Schutz der Demokratie.....	3
3.1. Politische Bildung in der Demokratie .....	3
3.2. Politische Bildung in Krisenzeiten .....	4
3.3. Politische Bildung und steigender Rechtspopulismus / -extremismus .....	5
3.4. Chancen, Probleme und mögliche Lösungen.....	7
4. Fazit .....	10

### **1. Einleitung**

Der 29. Wissenschaftliche Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, der vom 24. bis 27. September an der Georg-August-Universität Göttingen stattfand, widmete sich in diesem Jahr dem Thema der Polykrise. Dabei wird unter Polykrise das gleichzeitige Auftreten und die gegenseitige Beeinflussung verschiedener Krisen verstanden, die sowohl in zeitlicher als auch geografischer Nähe zueinanderstehen. Zu den aktuell relevanten Krisen zählen unter anderem die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg sowie die Klimakrise und die Bedrohung der Demokratie durch illiberale Tendenzen und Populismus. Inmitten dieser Herausforderungen wird politische Bildung als eine mögliche Lösung betrachtet – als das, was bleibt, um Krisen zu begegnen. Sie verbindet Diagnose und Lösung. Doch wie wirksam ist politische Bildung tatsächlich.

Im Rahmen des Kongresses war die Sektion „Politische Bildung“ mit insgesamt fünf Panels und einem Roundtable vertreten. Dabei wurden unterschiedliche Aspekte der politischen Bildung beleuchtet, mit einem besonderen Fokus auf die junge Generation und die Lehrerbildung. Es wurden auch internationale Studien vorgestellt, wie die International Civic and Citizenship Education Study, die Einblicke in politische Bildung weltweit bietet. Darüber hinaus wurden innovative Lehrmethoden, wie das Modell des „flipped classroom“, diskutiert. Ein zentrales Thema war der Zusammenhang zwischen politischer Bildung und der Bedrohung durch Populismus und Rechtsextremismus, insbesondere im deutschen Kontext. Die zentrale Frage, die im

Folgenden beantwortet soll, lautet: Was kann politische Bildung in Krisenzeiten für junge Menschen leisten, um die Demokratie vor dem Aufstieg von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu schützen? Dieser Frage soll anhand der Erkenntnisse aus den Panels nachgegangen werden.

## 2. Ursachen und Risiken des Rechtsextremismus in Krisenzeiten

Während der Tagung wurde die Problematik des Rechtspopulismus und -extremismus zwar mehrfach angesprochen, doch ein tiefergehender Blick auf die Ursachen und Risiken wurde oft nur am Rande behandelt. Vielmehr wurde allgemein davon ausgegangen, dass Rechtsextremismus (und zum Teil auch Rechtspopulismus) eine klare Bedrohung für demokratische Strukturen darstellt. Eine präzise Definition der Begriffe wurde nicht geliefert, jedoch wurde deutlich gemacht, dass Rechtsextremismus eine Gefahr für die Demokratie darstellt, da er grundlegende demokratische Werte, Prozesse und Institutionen infrage stellt. Zentral im Rechtsextremismus ist die Ablehnung der menschlichen Gleichheit.

### 2.1. Was ist Rechtsextremismus und warum ist er in Demokratien problematisch?

Die Begriffe Rechtspopulismus und Rechtsextremismus liegen definitorisch nah beieinander, da sie sich überschneiden, aber unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Während Rechtsextremismus eindeutig mit gewaltsamer Ablehnung demokratischer Werte verbunden ist, wird der Rechtspopulismus häufig als weniger radikal, aber nicht weniger gefährlich angesehen, da er bestimmte demokratische Werte infrage stellt. Rechtspopulismus stellt insofern eine weiche Extremismusdefinition dar, als dass er nicht den Staat als Ganzes, sondern nur Teile oder bestimmte demokratische Werte negiert werden. Elitenkritik und die Betonung der Bedeutung des „einfachen Volkes“ werden als ideologische Merkmale angesehen. Rechtspopulisten behaupten, die wahre Demokratie zu vertreten, im Gegensatz zu den Extremisten, die generell anti-demokratisch sind. Allgemein können sich Rechtspopulismus und -extremismus ergänzen, wie es beispielsweise der Nationalsozialismus gezeigt hat<sup>i</sup>. Das bedeutet, dass eine Partei oder ein Politiker programmatisch radikal sein kann, aber je nach Umständen mehr oder weniger populistisch auftreten kann<sup>ii</sup>.

Rechtspopulismus und -extremismus können sich sowohl in politischen Parteien manifestieren als auch intellektuell durch heterogene Gruppen oder in losen Netzwerken etabliert werden. Sie können sich in Formen von Militanz und Gewalt äußern, aber auch in nicht-gewaltsamen Aktionen wie Demonstrationen oder subversiven Kommunikationsaktionen<sup>iii</sup>. Rechtspopulismus stellt eine Gefahr für Demokratien dar, da er aktiv auf die Aushöhlung demokratischer

Institutionen und die Errichtung autoritärer Strukturen hinarbeitet. Hierbei geht es nicht nur um eine mögliche Folge, sondern um eine klare Absicht. Der autokratische Wunsch nach einem Führer, der die Nation repräsentiert, speist sich aus gesellschaftlichen Problemen, für die Rechtspopulisten sich als Lösung sehen. Während sie demokratische Institutionen ausgehöhlt und diffamiert haben, verkaufen sie sich selbst als deren Vertreter<sup>iv</sup>.

Die Ursachen für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus liegen häufig in Modernisierungskrisen, die wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Natur sind<sup>v</sup>. Dies stellt einen Bezug zum Thema der Tagung dar, da eine Bewegung, die aus wahrgenommenen Krisen hervorgeht, selbst Teil einer Krise wird.

Auf der Tagung wurde festgestellt, dass der Rechtsextremismus in den letzten Jahren einen besorgniserregenden Aufschwung erlebt hat, was auf eine zunehmende Radikalisierung innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Gruppen hinweist. Gleichzeitig hat sich die öffentliche Wahrnehmung verändert, sodass rechtsextreme Ideologien zunehmend normalisiert werden. Diese Entwicklung hat auch Auswirkungen auf die politische Bildung. Während der Diskussion auf der Tagung wurde keine klare Unterscheidung zwischen den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus getroffen, was eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Problematik erschwert.

### 3. Die Rolle der politischen Bildung zum Schutz der Demokratie

Nachdem nun die komplexen Ursprünge und Gefahren des Rechtsextremismus in Krisenzeiten skizziert wurden, wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen weit über eine bloße Analyse hinausgeht. Im Kontext der Krisen wurde politische Bildung mehrfach als ein wichtiges Mittel zur Krisenbewältigung hervorgehoben. Besonders betont wurden die Bedeutung der Lehrerbildung sowie der Dialog mit Jugendlichen, um politische Bildung langfristig zu stärken und ihre Wirkung zu erhöhen.

#### 3.1. Politische Bildung in der Demokratie

Doch was genau ist politische Bildung und für wen ist sie relevant? Was sind ihre Bedeutung und Ziele? Mit der Definition der Bundeszentrale der politischen Bildung übereinstimmend<sup>vi</sup>, soll politische Bildung den Menschen – insbesondere den Schülern – die Fähigkeit vermitteln, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen. Sie trägt dazu bei, politische Prozesse und Kompromissbildung besser zu verstehen. Sie bietet darüber hinaus die Chance, Räume der Wissensvermittlung zu schaffen – und das fernab von politischen Parteien und Auseinandersetzungen. So kann politische Bildung potenziell dazu beitragen, Polarisierung zu verringern, indem sie

durch Debatten den Austausch fördert und somit indirekt auch der Bekämpfung von Rechtsradikalismus dient.

Die Annahme, dass politische Bildung wertneutral sei, sollte allerdings nicht unterstützt werden, da sie stets an bestimmte Werte gebunden ist. Diese Art der Bildung ist normativ und soll Werte wie Menschenrechte, Gleichberechtigung und Toleranz vermitteln. Dabei muss jedoch die Neutralität gegenüber Parteien und Religionen gewahrt bleiben, wie es beispielsweise im Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen festgelegt ist. Dieses Gesetz besagt, dass Lehrer unparteilich und neutral gegenüber ihren Schülern auftreten müssen. Das bedeutet, Lehrer und andere Mitarbeiter „... dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnlichen Bekundungen abgeben, die die Neutralität des Landes gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden gefährden oder stören.“<sup>vii</sup> Alle schulischen Mitarbeiter, Lehrer und Schulleiter sind dazu verpflichtet, keine Aussagen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen Artikel 3 des Grundgesetzes oder überhaupt gegen die Menschenwürde zu tätigen.<sup>viii</sup>

Nicht nur in den Schulgesetzen, sondern auch im Beutelsbacher Konsens, der ein wichtiges Grundlagendokument für (politische) Bildung darstellt, wird von Neutralität gesprochen. Bei dieser Form der Neutralität handelt es sich aber um eine parteipolitische und religiöse, nicht jedoch um eine Wertneutralität. Ähnlich wie im Schulgesetz, in dem freiheitlich-demokratische Werte angesprochen werden. Somit müssen Werte, die gegen die pluralistische Demokratie sind, abgewertet werden.<sup>ix</sup> Der Beutelsbacher Konsens besteht insgesamt aus drei Komponenten: erstens das Indoktrinationsverbot, das Schülern eine eigene Meinungsbildung ermöglichen soll, zweitens das Kontroversitätsgebot, das besagt, dass kontroverse Sachverhalte auch so dargestellt werden müssen, drittens sollen Schüler zu kritischem Denken geführt werden<sup>x</sup>. Generell dient der Konsens als eine Art Orientierung, hat jedoch keine rechtliche Verbindlichkeit. Das Grundgesetz legt aber klare normative Vorgaben fest, während die Schule den Auftrag ausführt, demokratische Werte zu fördern.

Generell lässt sich festhalten, dass die politische Bildung – besonders im schulischen Kontext – dazu beitragen soll, die demokratische Grundordnung zu vermitteln.

### 3.2. Politische Bildung in Krisenzeiten

Die Frage, warum politische Bildung notwendig ist, wird aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Einerseits wird der Einfluss der politischen Bildung relativiert, indem betont wird, dass eine realistische Einschätzung ihrer Wirksamkeit notwendig ist, damit sie wirklich einen Unterschied in der Bekämpfung antidemokratischer Einstellungen machen kann. Andererseits wird hervorgehoben, dass politische Bildung politische Institutionen und Prozesse verständlicher

machen und in einem weiteren Schritt weiterentwickeln kann. Auch die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe sowie die Reduzierung der oft überzogenen Erwartungen an die Demokratie wurden als Ziele genannt. Einige Stimmen betonten auch, dass andere Akteure wie Parteien oder Bürgerinitiativen einen größeren Einfluss auf Krisen nehmen. Möglicherweise wird politische Bildung jedoch auch deshalb ins Spiel gebracht, weil man sich von ihr in Krisenzeiten Lösungen erhofft.

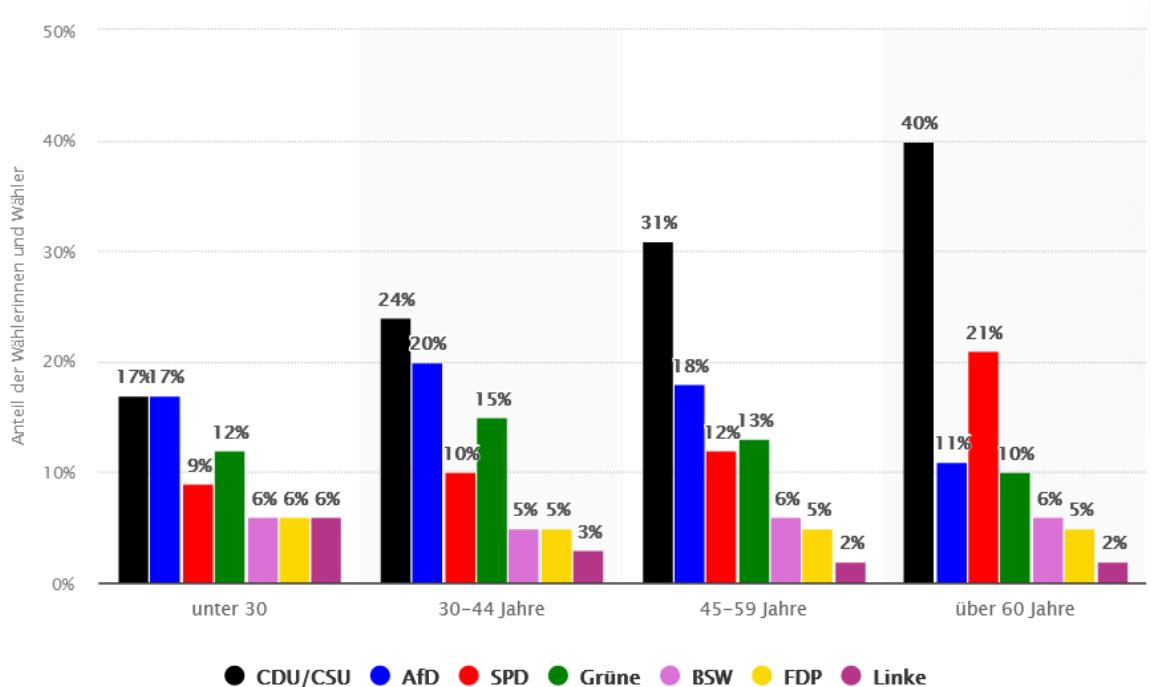
Ein weiterer Ansatz besteht darin, dass durch die Schaffung von Wissen Demokratie gestärkt werden kann. Schule und Bildung bieten hier eine Möglichkeit zur Chancengleichheit. Und auch, dass politische Bildung seit der Reeducation nach dem Zweiten Weltkrieg eine zentrale Rolle in der gesellschaftlichen Regulierung spielt, ist relevant. Diese Form der Bildung fördert Emanzipation, Autonomie und Mündigkeit. Besonders in Krisenzeiten wurde die politische Bildung oft neu ausgerichtet – beispielsweise 1959 im Zuge der antisemitischen Welle, als sie erstmals als Mittel gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus eingesetzt wurde – und kann als struktureller Gewinner betitelt werden, denn sie profitiert in solchen Momenten durch die Erweiterung von Strukturen oder Budgets. Inzwischen handelt es sich bei politischer Bildung jedoch eine dauerhafte Aufgabe.

### 3.3. Politische Bildung und steigender Rechtspopulismus / -extremismus

Eine der angesprochenen Krisen findet sich im steigenden Rechtsruck wieder. Rechtspopulistische und zum Teil -extreme Parteien wie die AfD verstößen teilweise gegen die Verfassungswerte und Schulgesetze. Wie ist also mit ihnen in einem schulischen Kontext umzugehen? Auch wenn die Partei nicht verboten ist, wird übersehen, dass es sich bei einem solchen Kriterium um ein rein formales handelt. Der Inhalt und die von der Partei getätigten Äußerungen spielen eine wichtigere Rolle. Solche Positionen sollen im Unterricht behandelt, dabei allerdings kritisch beleuchtet werden, wie es auch der Beutelsbacher Konsens festlegt. Es ist die Aufgabe der Lehrkräfte, sich für das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Ordnung einzusetzen und problematische Äußerungen und Ideen von Parteien unter diesem Wertemantel kritisch an die Schüler zu vermitteln.<sup>xi</sup>

Eine Form der politischen Bildung stellt die Schulbildung dar. Generell ist die Jugendphase als besonders bedeutsam für die demokratische Orientierung einzuordnen, da dort eine starke Ambivalenz zwischen Allmacht und Ohnmacht erkennbar ist. Obwohl eine Tendenz zu liberaleren Erziehungsstilen festzustellen ist, fehlen jedoch oft tiefere demokratische Überzeugungen. Insbesondere im Osten Deutschlands ist ein Anstieg rechtspopulistischer Einstellungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu beobachten. Obwohl der Blick auf die Jugend oft problemorientiert ist, spiegeln die rechten Einstellungen unter Jugendlichen nicht unbedingt einen überproportionalen Anteil wider, wenn man den Altersdurchschnitt berücksichtigt. Wirft

man einen Blick auf die Europawahlen im Jahr 2024, zeigt sich, dass die ideologisch rechte Partei AfD in Deutschland in fast allen Altersgruppen – abgesehen von den über 60-Jährigen zwischen 17 und 20 Prozent erreichen konnte. Es ist also keine große Varianz zwischen den Altersgruppen zu erkennen<sup>xii</sup>, dennoch werden ansteigende rechte Ideologien als Problem für die politische Bildung genannt.



Statista 2024: Wahlverhalten bei der Europawahl am 09. Juni 2024 in Deutschland nach Altersgruppen (Stimmenanteile der Parteien), 46.437 Befragte, Nachwahlbefragung

Wenn man sich den Zuwachs der AfD-Wähler im Vergleich zu 2019<sup>xiii</sup> anzeigen lässt, zeigt sich zwar ein stärkerer Anstieg in der Altersgruppe der 16–24-Jährigen. Aber da diese Europawahl die erste war, bei der schon 16-Jährige wählen durften, kann dieser Anstieg möglicherweise auf die hinzugekommenen Jahrgänge zurückzuführen sein. Gesamtgesellschaftlich lässt sich ein Anstieg der AfD-Wähler in allen Altersgruppen verzeichnen.

## Europawahl 2024

### AfD-Stimmanteile in Altersgruppen im Vergleich zu 2019



infratest dimap

Stand: 10.06.2024, 02:49 Uhr



xiv

### 3.4. Chancen, Probleme und mögliche Lösungen

Da rechte Ideologien als Problem, das von der politischen Bildung zu bewältigen gilt, wahrgenommen werden, bleibt die Frage, mit welchen strukturellen Problemen die politische Bildung konfrontiert ist, um antidemokratische Haltungen kritisch zu vermitteln.

Zunächst einmal ermöglicht politische Bildung bei der Hinterfragung und dem Abbau von Ideologien, Diskriminierungen und Vorurteilen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufrechtzuerhalten. Dabei kann, aber muss nicht zwingend für alle Probleme eine Lösung seitens der politischen Bildung geboten werden. Das heißt, politische Bildung birgt in erster Linie das Potenzial, gegen ideologischen Rechtsextremismus vorzugehen.

Eine der größten Herausforderungen in der politischen Bildung liegt jedoch in der Qualität der Vermittlung. Besonders problematisch ist die unzureichende Ausbildung vieler Lehrkräfte, die sich negativ auf die Erkennung und den Umgang mit Diskriminierungen auswirken kann. Beispielsweise, indem nicht alle Lehrer diskriminierenden Antisemitismus (und ähnliche Mechanismen) selbst erkennen können und teilweise sogar selbst verbreiten, weil sie keine Awareness diesen Themen gegenüber vorweisen. Mit Blick auf die Schulgesetze oder den Beutelsbacher Konsens können hier – ob bewusst oder nicht – antidemokratische Werte vermittelt werden, was gegen diese Verordnungen spricht.

Diese Defizite in der Lehrerbildung stehen in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Einflussnahme digitaler Medien auf die Schülerinnen und Schüler. Hier eröffnet sich eine weitere Ebene der Herausforderung, der sich die politische Bildung stellen muss. Während in der Schule eine fundierte politische Bildung und die Vermittlung demokratischer Werte entscheidend sind, sehen sich Lehrkräfte gleichzeitig der Problematik gegenüber, dass in den sozialen

Medien Inhalte verbreitet werden, die auch antidemokratische Tendenzen fördern. Das gilt insbesondere für die Verbreitung rechter bzw. rechtsextremer Parteien. So ist etwa die AfD auf TikTok erfolgreich. Dies führt dazu, dass politische Bildung zusätzlich durch die geringe Aufmerksamkeitsspanne der Nutzer erschwert wird. Gleichzeitig wird eine Verschiebung der Diskurse beobachtet, die oft in eine rechte Richtung tendiert – zum Beispiel mit Begriffen wie „völkisch“.

Neben einer inhaltlichen Ebene müssen Lehrer auch methodisch in der Lage sein, diese neuen Herausforderungen der Medienlandschaft zu meistern, um den Schülern die nötige Medienkompetenz zu vermitteln. Dabei spielt nicht nur die Medienkompetenz der Schüler, sondern auch der Lehrer eine relevante Rolle, um in erster Linie die Mechanismen zu verstehen, damit man in einem weiteren Schritt kritisch auf die Inhalte eingehen kann. Generell gelten (digitale) Massenmedien als soziale Institutionen, die bestimmte Interessen – zum Beispiel auf dem Links-Rechts-Spektrum – verbreiten. Für soziale Medien gibt es dabei allerdings noch keine genauen Normen und Regelungen, die müssen sich noch herausarbeiten. Dennoch wird – wie am Beispiel illustriert – social media zur Vernetzung und Informationsverbreitung verwendet.<sup>xv</sup> Für eine kritische Auseinandersetzung damit, benötigen Lehrkräfte Medienkompetenz, um neben der inhaltlichen Ebene auch die Mechanismen der Verbreitung verstehen und kritisch vermitteln zu können, denn die Medienkompetenz gilt auch als wichtiges Lernziel politischer Bildung. Dabei soll der Medieneinsatz auf verschiedene Weisen verstanden werden, zum einen als vierte Gewalt der Demokratie, als Fähigkeit, kritisch analysieren zu können: sowohl das Verhältnis von Politik und Demokratie als auch die Verwendung der Medien als Informationsgewinnung und Meinungsbildungsplattformen, außerdem die Wahrnehmung als Partizipationsmöglichkeit oder auch Beeinflussung der Medien und Regulierung. Um das zu erreichen, bedarf es einer Aus- bzw. Weiterbildung der Lehrkräfte, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen. Im Besonderen ist bei diesem Thema von Nachholbedarf zu sprechen, sowohl in der Forschung als auch der Umsetzung in die Bildung als solche. Allgemein muss auch der Umgang mit den Medien immer einem Ziel dienen<sup>xvi</sup> und dieses Ziel sollte nach den Aspekten des Schulgesetzes demokratischer und nicht rechtsextremer und somit anti-demokratischer Natur sein.

Doch auch jenseits der digitalen Medien steht die Frage im Raum, wie weit politische Bildung tatsächlich alle Gesellschaftsschichten erreicht, insbesondere jene, die in außerschulischen Kontexten oft schwer zu erreichen sind. Sowohl im schulischen als auch außerschulischen Bereich zeigt sich, dass insbesondere bildungsferne Schichten selten erreicht werden können. Dies gilt vor allem im außerschulischen Bildungsbereich, da diese Angebote freiwillig sind und auch nicht so stark finanziert werden. In solchen Fällen könnte oder müsste politische Bildung auch durch die Eltern unterstützt werden, wenn sie in der Schule nicht ausreichend vermittelt wird, was jedoch insofern problematisch sein kann, als dass Eltern ihren Kindern

undemokratische Werte auf unkritische Weise vermitteln. Eine zentrale Frage in der politischen Bildung ist daher, wen sie tatsächlich in welchem Ausmaß erreicht, wenn selbst der schulische Kontext nicht ausreichend scheint. Dieser Aspekt wird durch die Frage der Ressourcen für politische Bildung noch verstärkt, weshalb eine zielgerichtete Förderung und Unterstützung notwendig sind, um das Angebot einer breiten politischen Bildung zugänglich zu machen.

Auch der Umgang mit der Vielfalt an politischen Perspektiven stellt eine Herausforderung dar. Besonders im Hinblick auf mögliche ideologische Verzerrungen in der Bildungseinrichtung selbst, stellt sich die Frage, wie politische Bildung eine wirklich ausgewogene und unparteiische Auseinandersetzung ermöglichen kann. Denn bereits auf einer psychologisch-kognitiven Ebene findet sich die Schwierigkeit, dass Menschen dazu neigen, einfache Antworten zu bevorzugen, die jedoch selten die komplexeren, ambivalenteren Realitäten widerspiegeln. Dennoch ist es wichtig, diese Komplexität auch in der politischen Bildung zu vermitteln, wie es auch der Beutelsbacher Konsens vorschlägt. Mit seinem Kontroversitätsgebot legt er nämlich fest, dass kontrovers Diskutiertes auch als solches dargestellt werden soll und das auch wichtig ist. Hier besteht also ein grundlegendes Problem.

Zusätzlich gilt es für die politische Bildung, ein Lernumfeld zu schaffen, in dem alle demokratisch legitimierten Meinungen gleichwertig behandelt werden. Es wird problematisiert, dass ein möglicherweise einseitiger Deutungsrahmen in Bildungseinrichtungen dazu führen kann, dass bestimmte Sichtweisen – insbesondere solche, die vom vorherrschenden Konsens der Bildungseinrichtung oder der Lehrperson abweichen – vorschnell als extrem eingeordnet werden. Dies kann bei betroffenen Schülern den Eindruck erwecken, ausgesperrt oder nicht ernst genommen zu werden, was das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Lehrkräfte sowie das offene Diskussionsklima beeinträchtigen könnte. Zentrale Herausforderung der politischen Bildung ist es daher, zwischen demokratisch legitimierten Meinungen und extremistischen Haltungen klar zu differenzieren, um eine faire und inklusive Debattenkultur zu fördern. Die übergeordnete Frage bleibt: Wie kann in Bildungsinstitutionen sichergestellt werden, dass unterschiedliche demokratische Überzeugungen gleichwertig behandelt werden, ohne dass sich Schüler aufgrund ihrer Ansichten stigmatisiert oder ausgeschlossen fühlen?

Im Hinblick auf mögliche Lösungsansätze zur Stärkung der politischen Bildung zeigt sich eine breite Einigkeit über die Notwendigkeit einer intensiveren Ausbildung von Lehrkräften und Politikwissenschaftlern. Diese Ausbildung muss nicht nur fundiertes Wissen vermitteln, sondern auch die Fähigkeit, sich klar politisch zu positionieren. Gleichzeitig ist es jedoch wichtig zu erkennen, dass Bildung Zeit braucht – ein langfristiger Prozess, der nicht in kurzer Zeit spürbare Veränderungen hervorbringen kann. Daher muss auch die Realität des Bildungsprozesses mit all seinen Herausforderungen und Unsicherheiten anerkannt werden.

Ein weiterer entscheidender Aspekt ist die Tatsache, dass die Herausforderungen für die Jugend weniger in einer weit verbreiteten Politikverdrossenheit liegen, sondern vielmehr in einer zunehmenden Entfremdung von politischen Themen. Es reicht nicht aus, die bestehenden politischen Institutionen zu legitimieren; stattdessen müssen Schüler aktiv in die Praxis demokratischer Prozesse eingebunden werden. Die Förderung von kritischem Denken und die Erweiterung von Perspektiven müssen daher eine zentrale Rolle in der politischen Bildung spielen. Dies erfordert eine enge Verzahnung von schulischem Klima und praktischen demokratischen Erfahrungen.

Schließlich darf der Beutelsbacher Konsens nicht instrumentalisiert werden. Konkrete Erfahrungen und Unsicherheiten müssen ernst genommen werden, besonders in der Lehrerausbildung. Ein wichtiger Punkt ist die Notwendigkeit, die Demokratie in der politischen Bildung zu vermitteln, aber auch die Unsicherheit und Ambivalenz der gesellschaftlichen Realität anzuerkennen.

#### 4. Fazit

In Krisenzeiten, in denen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus an Einfluss gewinnen, spielt politische Bildung eine entscheidende Rolle im Schutz der Demokratie, insbesondere für junge Menschen. Sie vermittelt nicht nur Wissen über politische Prozesse und Institutionen, sondern fördert auch kritisches Denken und die Fähigkeit, gesellschaftliche Probleme differenziert zu betrachten. Indem politische Bildung normativ Werte wie Menschenrechte, Toleranz und Gleichberechtigung betont, stärkt sie demokratische Überzeugungen und hilft, ideologische Verführungen durch rechtsextreme und populistische Bewegungen zu hinterfragen. Durch den Dialog und die Förderung von Perspektivwechseln kann politische Bildung Polarisierung entgegenwirken und Raum für demokratische Teilhabe schaffen. Sie ist jedoch nicht allein ausreichend, um Radikalisierung zu verhindern – sie muss durch gut ausgebildete Lehrkräfte und adäquate Bildungsangebote unterstützt werden. Angesichts der Herausforderungen durch soziale Medien und die Komplexität politischer Diskurse müssen politische Bildungsangebote kontinuierlich angepasst werden, um jungen Menschen Orientierung zu bieten. Letztlich erfordert der Schutz der Demokratie in Krisenzeiten einen langfristigen Bildungsprozess, der nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch die Fähigkeit, die Unsicherheiten und Ambivalenzen der politischen Realität zu erkennen und mit ihnen umzugehen.

---

<sup>i</sup> Decker, Frank. „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als Herausforderungen der Demokratie in der Bundesrepublik“. *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, Bd. 66, Nr. 3, 2017: 381-, hier, S.381-382

<sup>ii</sup> Minkenberg, Michael. „Was ist Rechtspopulismus?“ *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 59, Nr. 2, 2018: 337–352. hier S. 349

- 
- <sup>iii</sup> Decker, Frank. „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als Herausforderungen der Demokratie in der Bundesrepublik“. *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, Bd. 66, Nr. 3, 2017, S. 381-, hier: 382-386.
- <sup>iv</sup> Kölemen, Aysuda. „Autokratisierung und Rechtspopulismus?“ *WeltTrends : internationale Politik und vergleichende Studien*, Nr. 190, 2022. Hier S. 37-41.
- <sup>v</sup> Decker, Frank. „Was ist Rechtspopulismus?“ *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 59, Nr. 2, 2018: 353–369. Hier S. 356.
- <sup>vi</sup> Massing, Peter: „Politische Bildung“ *Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 8., aktual. Aufl. Heidelberg: Springer VS 2021.
- <sup>vii</sup> Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG), §2 (8) 2005, letzte Änderung 2022, <https://bass.schule.nrw/6043.htm>
- <sup>viii</sup> Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG), §2 (8) 2005, letzte Änderung 2022, <https://bass.schule.nrw/6043.htm>
- <sup>ix</sup> Koschmieder, C., Koschmieder, J.. Wider das Märchen von der Neutralität. Wie Schule mit der AfD umgehen sollte. In: Schedler, J., Achour, S., Elverich, G., Jordan, A. (eds) Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung. Edition Rechtsextremismus. Springer VS, Wiesbaden, 2019, S. 99-109  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-26423-9\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-658-26423-9_7) hier: S. 100-101.
- <sup>x</sup> Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. *Siegfried Schiele / Herbert Schneider (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung*. Stuttgart, 1977, S. 173 - 184, hier S. 179f.
- <sup>xi</sup> Koschmieder, C., Koschmieder, J.. Wider das Märchen von der Neutralität. Wie Schule mit der AfD umgehen sollte. In: Schedler, J., Achour, S., Elverich, G., Jordan, A. (eds) Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung. Edition Rechtsextremismus. Springer VS, Wiesbaden, 2019, S. 99-109  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-26423-9\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-658-26423-9_7) hier: S. 103-104; 108.
- <sup>xii</sup> Statista 2024: Wahlverhalten bei der Europawahl am 09. Juni 2024 in Deutschland nach Altersgruppen (Stimmenanteile der Parteien) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1472434/umfrage/wahlverhalten-bei-der-europawahl-nach-alter/>
- <sup>xiii</sup> Tagesschau 2024: AfD-Stimmenanteile in Altersgruppen | im Vergleich zu 2019 [https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/charts/umfrage-alter/chart\\_1680819.shtml](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/charts/umfrage-alter/chart_1680819.shtml)
- <sup>xiv</sup> Tagesschau 2024: AfD-Stimmenanteile in Altersgruppen | im Vergleich zu 2019 [https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/charts/umfrage-alter/chart\\_1680819.shtml](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/charts/umfrage-alter/chart_1680819.shtml)
- <sup>xv</sup> Jarren, Otfried / Klinger Ulrike: Öffentlichkeit und Medien im digitalen Zeitalter: zwischen Differenzierung und Neu-Institutionalisierung. In: Gapski, Harald, Monika Oberle, Walter Staufer, and Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.) *Medienkompetenz : Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2017. S. 33-42. Hier: S. 36-37.
- <sup>xvi</sup> Oberle, Monika: Medienkompetenz als Herausforderung für die politische Bildung. In: Gapski, Harald, Monika Oberle, Walter Staufer, and Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.) *Medienkompetenz : Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2017. S. 187-196. Hier: S. 187-192.